

Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Kanzlei der Bürgerschaft

22.08.2011

Niederschrift des öffentlichen Teiles der 18. Sitzung

der Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald vom Montag, 22. August 2011

Beginn : 18:30 Uhr
Ende : 22:22Uhr
Ort: : Bürgerschaftssaal des Rathauses

Anwesend :

- Dr. Gerhard Bartels
- Ursula Behrendt
- Ulrike Berger
- Dr. Ullrich Bittner
- Ulf Burmeister
- Erich Cymek
- Dr. Frauke Fassbinder
- Dr. Stefan Fassbinder
- Professor Dr. Frank Hardtke
- Klaus Heiden
- Marion Heinrich
- Axel Hochschild
- Torsten Hoebel
- Wolfgang Jochens
- Prof. Dr. Wolfgang Joecks
- Dr. Andreas Kerath
- Edda Krille
- Christian Kruse
- Dr. Lüer Kühne
- Angela Leddin
- Jürgen Liedtke
- Egbert Liskow
- Franz-Robert Liskow
- Dirk Littmann
- Prof. Dr. Manfred J. Matschke
- Dr. Thomas Meyer
- Peter Multhauf
- Thomas Mundt
- Christian Pegel
- Christian Radicke
- Sebastian Ratjen
- Angelika Richter
- Karl-Dieter Schmidt
- Dr. Mignon Schwenke
- Birgit Socher
- Ludwig Spring
- Dr. Rainer Steffens
- Mechthild Thonack
- Alexa Worm
- Ingo Ziola

Entschuldigt :

- Norbert Braun
- Dr. Jörn Kasbohm
- Anja Reuhl

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Beantwortung schriftlich gestellter Fragen der Fraktionen
5. **Diskussion von Beschlussvorlagen**
- 5.1. Bildung einer vorläufigen Verwaltungsgemeinschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald mit dem künftigen Landkreis Südvorpommern für die Aufgaben: "Untere Ausländerbehörde" und "Personen- und Güterverkehrswesen" B348-18/11
Oberbürgermeister
- 5.2. Satzung über die Schülerbeförderung und Erstattung von Aufwendungen für das Gebiet der Universitäts- und Hansestadt Greifswald B349-18/11
Oberbürgermeister
- 5.3. Vereinbarung zur Gewährleistung eines geordneten Aufgabenübergangs im Zuge der Kreisstrukturreform 2011 für das Gebiet der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (inclusive Haushaltsfortführung) B350-18/11
Oberbürgermeister
- 5.4. Vereinbarung zur Gewährleistung eines geordneten Aufgabenübergangs im Zuge der Kreisstrukturreform 2011 für das Gebiet der Universitäts- und Hansestadt Greifswald im Bereich des Rettungsdienstes B351-18/11
Oberbürgermeister
- 5.5. Verwaltungsvereinbarung zu vom LNOG betroffenen Schulen der Universitäts- und Hansestadt Greifswald B352-18/11
Oberbürgermeister
- 5.6. Einführung eines Projektmanagementsystem
B90, Linke, Prof. Hardtke
- 5.7. Einrichtung eines zeitweiligen Ausschusses für Jugend B353-18/11
Jugendhilfeausschuss
- 5.8. Prüfauftrag: Zulässigkeit des Einsatzes von FSJ und Bundesfreiwilligendienst in Greifswalder Schulen B354-18/11
Bürgerliste, SPD- und FDP-Fraktion
- 5.9. Überplanmäßige Ausgabe HHSt. 717000 „Zuschüsse Vereine und Verbände“ B355-18/11
interfraktioneller Antrag
- 5.10. Erarbeitung einer möglichen Zielvereinbarung mit der Volkssolidarität zur Realisierung des Projektes „Aktivierungs- und Integrationszentrum für ältere Menschen (AIZ)“
CDU-Fraktion
- 5.11. Reinigung Stadtmauer B359-18/11
CDU-Fraktion
- 5.12. Erweiterung Kindergarten "Lütt Matten" B360-18/11
CDU-Fraktion
- 5.13. Übergabe des Grundstücks und des Gebäudes der kommunalen Kinderbetreuungseinrichtung „Weg ins Leben“ in freie Trägerschaft B361-18/11
Dez. III, Amt 51
- 5.14. Eilentscheidung des Oberbürgermeisters B362-18/11
zu den außerplanmäßigen Ausgaben im Amt für Jugend, Soziales und Familie für Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets nach SGB II § 28 und den Berechtigten nach BKG § 6b.
Dez. III, Amt 51
- 5.15. Beschluss zum Ausbau der „Hafenstraße“ und für die Abrechnung der Straßenausbaumaßnahme nach Straßenausbaubeitragssatzung die Abschnittsbildung und die Klassifizierung B363-18/11
Dez. II, Amt 60

- | | | |
|-------|---|------------|
| 5.16. | Beschluss zum Ausbau der „Robert-Blum-Straße“ und für die Abrechnung der Straßenausbaumaßnahme nach Straßenausbaubeitragsatzung die Klassifizierung
<i>Dez. II, Amt 60</i> | B364-18/11 |
| 5.17. | Verkehrskonzept Campus Berthold-Beitz-Platz
<i>Dez. II, Amt 60</i> | |
| 5.18. | Jahresbericht 2010 des Sanierungsträgers für die Fördergebiete der Sanierung und des Stadtumbaus
<i>Dez. II, Amt 60, BauBeCon</i> | |
| 5.19. | Mieterbefragung in der Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Greifswald
<i>interfraktioneller Antrag</i> | B357-18/11 |
| 5.20. | Prüfauftrag zur Mietpolitik der Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Greifswald
<i>Die Linke</i> | B358-18/11 |
| 5.21. | Resolution gegen die Legehennenanlage in der Gemeinde Loissin
<i>B90 / Die Grünen, Die Linke</i> | B365-18/11 |
| 6. | Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt | |
| 7. | Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft | |
| 8. | Mitteilungen des Präsidenten | |
| 9. | Bestätigung des Protokolls des Untersuchungsausschusses "Technisches Rathaus" vom 24.05.2011 | |
| 10. | Bestätigung der Niederschrift vom 04.07.2011 | |
| 11. | Schluss der Sitzung | |

Herr Dr. König nimmt eine Nachehrung des Städte- und Gemeindetages zur Auszeichnung mit der Ehrennadel des Städte- und Gemeindetages für langjährige Gemeindevertreter (siehe Anlage) vor.

Gegen Ton-, Bild- und Videoaufnahmen wird kein Widerspruch erhoben.

Zu TOP: 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit

Der Präsident eröffnet die 18. Sitzung der Bürgerschaft und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung fest. Zur öffentlichen Sitzung sind zu Beginn 40 Mitglieder der Bürgerschaft anwesend. Damit ist die Bürgerschaft beschlussfähig.

Der Oberbürgermeister, Herr Dr. König und seine Stellvertreter, Herr Hochheim und Herr Dembski sind anwesend.

Zu TOP: 2 Bestätigung der Tagesordnung

Der Präsident informiert, dass eine Tischvorlage „Resolution gegen die Legehennenanlage in der Gemeinde Loissin“, ein Änderungsantrag zu TOP 5.10 und ein Austauschblatt zu TOP 5.5 ausgereicht wurde. Herr Liskow schlägt vor, die Tischvorlage als TOP 5.21 in die Tagesordnung aufzunehmen.

Frau Socher bittet darum, die Tagesordnungspunkte 5.19 und 5.20 zu den WVG-Mieten nach TOP 5.10 einzuordnen.

Herr Dr. Fassbinder gibt bekannt, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den TOP 5.6 zurückzieht.

Der Präsident lässt darüber abstimmen, dass die TOP 5.19 und 5.20 nach TOP 5.10 eingeordnet werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Herr Liskow lässt außerdem darüber abstimmen, die Tischvorlage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen als TOP 5.21 in die Tagesordnung aufzunehmen

Abstimmungsergebnis: bei 22 Ja-Stimmen beschlossen

Da keine weiteren Änderungsanträge gestellt werden, lässt der Präsident über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 3 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Herr Eckart Eich, BI „Ladebower Hafen“:

Er stellt Fragen und macht Bemerkungen zum Hafen Ladebow, zum Wiecker Brückenhof und zum Poller der Wiecker Brücke. Herr Eich fordert, dass alle Baumaßnahmen in der jeweiligen Ortsteilvertretung besprochen werden.

Herr Senator Hochheim:

Der Senator erklärt, dass alle Baumaßnahmen in den Ortsteilvertretungen und den Fachausschüssen vorgestellt wurden, bevor die Beschlüsse dazu in der Bürgerschaft gefasst wurden.

Die Verwaltung macht sich bereits Gedanken über die Gesamtsituation des Hafens Ladebow.

Bezüglich des Wiecker Brückenhofs teilt Herr Hochheim mit, dass es sich um keine städtischen Flächen handelt. Die Gestaltungssatzung Wieck greift an dieser Stelle nicht.

Die Ausführungen zum Poller muss Herr Hochheim etwas korrigieren und er bestätigt, dass der Poller durch ein Fahrzeug beschädigt wurde und erneut für schätzungsweise 10.000 € repariert werden muss. Geplant ist die Reparatur für September. Die notwendigen Gelder wird sich die Stadt vom Verursacher bzw. dessen Versicherung zurückholen.

Herr Liedtke:

Als Bauausschussvorsitzender bestätigt Herr Liedtke, dass alle angesprochenen Baumaßnahmen ausführlich in der OTV und auch im Fachausschuss besprochen wurden.

Herr Mähl:

Herr Mähl macht Anmerkungen zur Regenkatastrophe Ende Juli in Greifswald, die er der Verwaltung in schriftlicher Form übergibt. (Anlage zum Protokoll)

Herr Liskow teilt mit, dass der Hauptausschuss den Vorschlag von Herrn Mähl aufgegriffen hat und darüber entschieden hat.

Die Antworten dazu werden an Herrn Mähl schriftlich erfolgen.

Zu TOP: 4 Beantwortung schriftlich gestellter Fragen der Fraktionen

- keine Fragen

Zu TOP: 5 Diskussion von Beschlussvorlagen

Der Oberbürgermeister bringt die Beschlussvorlagen zu TOP 5.1 bis 5.5 im Block ein und nimmt die Begründungen vor. Dazu gibt es eine Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt wird.

Der Oberbürgermeister erinnert, dass die heutige Sitzung der Bürgerschaft die letzte Sitzung als kreisfreie Stadt ist. Er dankt allen ehrenamtlich Tätigen für die geleistete Arbeit in den vergangenen 20 Jahren.

Die Beschlussvorlagen unter TOP 5.1 bis TOP 5.5 sind alle einstimmig im Kooperationsstab behandelt und empfohlen worden. Der Kreistag OVP hat bereits getagt und zugestimmt. Deshalb bittet der Oberbürgermeister heute keine Änderungen vorzunehmen.

In der sich anschließenden Diskussion sprechen Herr Pegel, Herr Dr. Bartels, Herr Dr. König, Herr Dembski, Herr Scheer, Herr Hoebel, Frau Heinrich und Herr Multhauf.

Da es keine weiteren Wortmeldungen in der Sache gibt, lässt der Präsident über die Tagesordnungspunkte 5.1 bis 5.5 nacheinander abstimmen. Er stellt fest, dass zu diesem Zeitpunkt 37 stimmberechtigte Mitglieder der Bürgerschaft anwesend sind.

Zu TOP: 5.1 Bildung einer vorläufigen Verwaltungsgemeinschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald mit dem künftigen Landkreis Südvorpommern für die Aufgaben: "Untere Ausländerbehörde" und "Personen- und Güterverkehrswesen"

B348-18/11

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt über die Bildung einer vorläufigen Verwaltungsgemeinschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald mit dem Landkreis mit der vorläufigen Bezeichnung „Südvorpommern“ für die Aufgaben „Untere Ausländerbehörde“ und „Personen und Güterverkehrswesen“ gem. § 167 Abs. 2 KV M-V n. F. für die Zeit vom 04.09. 2011 bis 31.12.2011 mit den beigefügten Vertragsentwürfen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 5.2 Satzung über die Schülerbeförderung und Erstattung von Aufwendungen für das Gebiet der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

B349-18/11

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald erlässt einvernehmlich mit den Kreistagen Ostvorpommern, Uecker-Randow und Demmin als vorläufige Regelung zur Vereinheitlichung des Kreisrechts gemäß § 20 des Gesetzes zur Neuordnung der Landkreise und kreisfreie Städte (LNOG M-V) vom 28. Juli 2010 (GVObI. M-V S. 366) i.V.m. §§ 5 Abs. 1, 22 Abs. 3 Nr. 6, 92, 104 Abs. 3 Nr. 6 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) in der zurzeit geltenden Fassung die in der Anlage beigefügte „Satzung des Landkreises mit der vorläufigen Bezeichnung „Südvorpommern“ (vgl. § 6 LNOG M-V) über die Durchführung der Schülerbeförderung und Erstattung von Aufwendungen für das Gebiet der Universitäts- und Hansestadt Greifswald“. Die Verwaltung wird ermächtigt, den endgültigen Kreisnamen entsprechend dem Bürgerentscheid gemäß § 2 Abs. 2 LNOG M-V anstelle der vorläufigen Bezeichnung gem. § 6 LNOG M-V einzusetzen.

Abstimmungsergebnis: bei 36 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung
beschlossen

Zu TOP: 5.3 Vereinbarung zur Gewährleistung eines geordneten Aufgabenübergangs im Zuge der Kreisstrukturreform 2011 für das Gebiet der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (inclusive Haushaltsfortführung)
B350-18/11

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald stimmt dem Abschluss der beigefügten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zu.

Abstimmungsergebnis: bei 35 Ja-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen
beschlossen

Zu TOP: 5.4 Vereinbarung zur Gewährleistung eines geordneten Aufgabenübergangs im Zuge der Kreisstrukturreform 2011 für das Gebiet der Universitäts- und Hansestadt Greifswald im Bereich des Rettungsdienstes
B351-18/11

Die Bürgerschaft stimmt dem Abschluss der anliegenden Verwaltungsvereinbarung für den Bereich des Rettungsdienstes zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 5.5 Verwaltungsvereinbarung zu vom LNOG betroffenen Schulen der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
B352-18/11

Der Präsident weist daraufhin, dass die Seite 2 (§ 1 - § 3) der Vereinbarung zum Austauschen ausgereicht wurde. Mit dieser Änderung lässt Herr Liskow über folgenden Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald stimmt dem Abschluss der beigefügten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zu.

Abstimmungsergebnis: bei 36 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung
Beschlossen

Der Oberbürgermeister schließt in seinen Dank für die ehrenamtliche Arbeit auch die Mitarbeiter der Verwaltung und den Interimslandrat Herrn Hasselmann ein und er bittet um Verständnis, falls nach dem 4. September nicht alles auf Anhieb klappt, weil in der Anfangsphase die beratenden Gremien noch fehlen.

Herr Liskow ergänzt, dass die Konstituierung des Kreistages innerhalb von sechs Wochen erfolgen muss.

Zu TOP: 5.6 Einführung eines Projektmanagementsystem

- vom Einbringer zurückgezogen

- Studiengängen in der Regel anerkannt wird und
5. welche Aufwendungen hierfür je eingerichtete Stelle für die Universitäts- und Hansestadt Greifswald entstehen würden.

Die Prüfergebnisse sind der Bürgerschaft über den Fachausschuss im Oktober vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 5.9 Überplanmäßige Ausgabe HHSt. 717000 „Zuschüsse Vereine und Verbände“
B355-18/11

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt für die Haushaltsstelle 717000 „Zuschüsse Vereine und Verbände“ eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 10.000 Euro.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 5.10 Erarbeitung einer möglichen Zielvereinbarung mit der Volkssolidarität zur Realisierung des Projektes „Aktivierungs- und Integrationszentrum für ältere Menschen (AIZ)“

Herr Cymek bringt die Beschlussvorlage der CDU-Fraktion ein und begründet sie.

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist ein Änderungsantrag der Grünen- und Linksund SPD-Fraktion vor der Sitzung ausgereicht worden. Herr Dr. Bartels bringt folgenden Beschlussvorschlag ein. Herr Dr. Bartels sieht den Änderungsantrag als Erweiterung des CDU-Antrages.

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald spricht sich grundsätzlich für die Realisierung des von dem gemeinnützigen Verein Volkssolidarität Greifswald-Ostvorpommern e.V. vorgestellten Modellprojektes ‚Aktivierungs- und Integrationszentrum für ältere Menschen (AIZ)‘ am Standort Karl-Liebknecht-Ring / Ecke Wolgaster Straße aus.

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister, **eine Stellungnahme der Kleinen Liga für das Projekt zu erbitten. Im Weiteren soll er** kommunale Möglichkeiten einer finanziellen Unterstützung während der Startzeit des Modellprojektes prüfen. Dabei sollen Varianten geprüft werden, die a) den Verwaltungshaushalt und b) den Vermögenshaushalt belasten würden. Darüber hinaus soll bei der Prüfung beachtet werden, dass die finanzielle Unterstützung an den Verein als Träger der Maßnahme entweder einmalig ausgereicht werden soll oder aber auf einen maximalen Zeitraum zu beschränken ist.

Um eine zielführende Prüfung zu gewährleisten, soll mit dem Verein Volkssolidarität Greifswald-Ostvorpommern e.V. Rücksprache über den Stand der Finanzierungsbemühungen für das Modellprojekt gehalten werden.

Die Ergebnisse der Prüfung sollen dem Finanzausschuss auf seiner Sitzung am 10. Oktober diesen Jahres, dem Sozialausschuss auf seiner Sitzung am 12. Oktober diesen Jahres und der Bürgerschaft auf ihrer Sitzung am 07. November diesen Jahres vorgestellt werden.

Im Rahmen seiner Wortmeldung geht Herr Dr. Bittner vorwiegend auf die Finanzierungsproblematik ein. Er bringt seine Hoffnung zum Ausdruck, dass die CDU-Fraktion sich dem Änderungsantrag anschließen möge.

Für die CDU-Fraktion besteht Herr Hochschild auf den CDU-Antrag und er sieht den Änderungsantrag als völlig neuen und anderen Alternativantrag. Die CDU-Fraktion möchte, dass geprüft wird, ob eine Zielvereinbarung zustande gebracht werden kann, mit der die Betriebskosten finanziell unterstützt werden können.

Es schließt sich eine kontroverse Diskussion für und gegen die Beschlussanträge an. Dazu sprechen Herr Prof. Matschke, Herr Spring, Herr Dr. Bartels, Herr Hochschild, Frau Richter, Herr Schmidt, Herr Multhauf und Herr Dr. Steffens. Im Rahmen der Diskussion beantragt Herr Dr. Bittner, beide Anträge in den Sozialausschuss zu verweisen und vielleicht kommt dann eine gemeinsame Vorlage dabei für das AIZ zustande.

Gegen diesen Geschäftsordnungsantrag spricht Herr Prof. Joecks. Er schlägt vor, den ersten Absatz des von Herrn Dr. Bartels gestellten Änderungsantrages zu beschließen und den Rest der Vorlage und den CDU-Antrag noch einmal im Sozialausschuss zu beraten.

Daraufhin zieht Herr Dr. Bittner seinen Antrag zurück.

Der Präsident lässt über den ersten Absatz des Änderungsantrages abstimmen.

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald spricht sich grundsätzlich für die Realisierung des von dem gemeinnützigen Verein Volkssolidarität Greifswald-Ostvorpommern e.V. vorgestellten Modellprojektes ‚Aktivierungs- und Integrationszentrum für ältere Menschen (AIZ)‘ am Standort Karl-Liebknecht-Ring / Ecke Wolgaster Straße aus.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Gegenstimme und einigen Stimmenthaltungen beschlossen
Der Beschluss erhält die Nr.: B356-18/11.

- Zu TOP: 5.19 und** **Mieterbefragung in der Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Greifswald**
B357-18/11 und
Zu TOP: 5.20 **Prüfauftrag zur Mietpolitik der Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Greifswald**
B358-18/11

Frau Behrendt zeigt an, dass sie weder an der Beratung und noch an der Abstimmung zu den Tagesordnungspunkten 5.19 und 5.20 teilnimmt.

Frau Socher bringt die Beschlussvorlagen zu TOP 5.19 und 5.20 der Fraktion Die Linke im Block ein und nimmt die Begründung vor. Unter TOP 5.20 stellt sie eine leicht geänderte Beschlussvorlage vor.

Herr Dr. Kerath nimmt für die SPD-Fraktion Stellung und bringt folgenden Änderungsantrag zu TOP 5.20 ein:

Der letzte Unterpunkt soll gestrichen werden und zusätzlich sollen folgende Unterpunkte aufgenommen werden:

- Schaffung eines qualifizierten Mietspiegels
- Herbeiführung einer Selbstverpflichtung der Greifswalder Vermieter, die Möglichkeit für allgemeine Mieterhöhung bis zur ortsüblichen Vergleichs-

miete (§ 558 GBG) von 20 von Hundert auf 15 von Hundert abzusenken und den Mieterhöhungszeitraum von drei Jahren auf vier Jahre zu strecken.

Herr Hoebel spricht sich im Namen der FDP-Fraktion gegen beide Beschlussvorlagen der Linksfraktion aus und lehnt sie ab. Unter anderem teilt er mit, dass sich der Seniorenbeirat zwischenzeitlich einvernehmlich mit der WVG mbH auf eine sogenannte Einzelfallregelung verständigt hat.

In der sich anschließenden Diskussion sprechen Herr Prof. Joecks, Herr Multhauf, Herr Prof. Matschke, Frau Schwenke, Herr Liedtke und erneut Herr Multhauf und Frau Socher.

Frau Socher nimmt für die Linksfraktion die Änderungswünsche von Herrn Dr. Kerath auf. Sie beantragt im Namen ihrer Fraktion für den TOP 5.20 eine namentliche Abstimmung.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt der Präsident über folgenden Beschluss abstimmen:

Zu TOP: 5.19 Mieterbefragung in der Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Greifswald
B357-18/11

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt, dass der Oberbürgermeister, als Gesellschafter, die Geschäftsführung der WVG mbH beauftragt, eine repräsentative Befragung bei den Mietern der WVG mbH sowie deren externe Auswertung anzuregen.

Möglicher Partner bei diesem Vorhaben könnte die Universität sein, die sich bereits in den vergangenen Jahren als geeigneter Partner(Klimaschutzkonzept) gezeigt hat.

Mögliche Inhalte der Befragung:

- Stärken und Schwächen / Image des Unternehmens
- tatsächliche Wohnbefindlichkeit / Zufriedenheit mit der Wohnsituation
- Einschätzung der Angemessenheit der jeweiligen Miethöhe
- Verhältnis Einkommen zur Miethöhe
- Defizite bei Wohnung, Wohnumfeld, Wohnungsvermittlung, Beschwerdemanagement
- Vorschläge oder Wünsche zur Verbesserung der Wohnsituation

Die so ermittelten Ergebnisse bzw. Erkenntnisse zur Kundensicht auf das Wohnungsunternehmen und die eventuell daraus abgeleiteten Vorschläge zu Möglichkeiten der Verbesserung der Unternehmenssteuerung sollen der Bürgerschaft sowie dem Aufsichtsrat noch vor der Fertigstellung der Strategiekonzepte der WVG mbH Greifswald sowie deren Tochterunternehmen Dienstleistungsgesellschaft mbH Greifswald und Projektgesellschaft Stadt Greifswald mbH zur Kenntnisnahme vorgestellt werden um daraus dann mögliche notwendige Schritte abzuleiten.

Abstimmungsergebnis: bei 14 Ja-Stimmen, 13 Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 5.20 Prüfauftrag zur Mietpolitik der Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Greifswald
B358-18/11

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister zu prüfen, ob die Umsetzung folgender Maßnahmen im Hinblick auf die im Gesellschaftervertrag formulierte sozialverantwortliche Ausrichtung der Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Greifswald möglich und aus Verwaltungssicht sinnvoll wäre:

- Moratorium für Mieterhöhungen bei unsanierten bzw. teilsanierten Wohnungsbestand mit zeitlicher Begrenzung
- Verzicht auf die gemäß Mietspiegel zulässigen Mieterhöhen in den Jahren 2011 und 2012, 2013
- Erarbeitung einer Sozialcharta
- zusätzlicher Bau von kleinen Wohnungen
- Entwicklung von Elementen des sozialen Wohnungsbaus,
- Schaffung eines qualifizierten Mietspiegels
- Herbeiführung einer Selbstverpflichtung der Greifswalder Vermieter, die Möglichkeit für allgemeine Mieterhöhung bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete (§ 558 GBG) von 20 von Hundert auf 15 von Hundert abzusenken und den Mieterhöhungszeitraum von drei Jahren auf vier Jahre zu strecken.

namentliche Abstimmung:

Dr. Gerhard Bartels	Ja
Ulrike Berger	Ja
Dr. Ullrich Bittner	Ja
Ulf Burmeister	Nein
Erich Cymek	Nein
Dr. Frauke Fassbinder	Ja
Klaus Heiden	Nein
Marion Heinrich	Ja
Axel Hochschild	Nein
Torsten Hoebel	Nein
Wolfgang Jochens	Nein
Prof. Dr. Wolfgang Joecks	Ja
Dr. Andreas Kerath	Ja
Edda Krille	Ja
Christian Kruse	Nein
Dr. Luer Kühne	Nein
Angela Leddin	Nein
Jürgen Liedtke	Nein
Egbert Liskow	Nein
Franz-Robert Liskow	Nein
Dirk Littmann	Ja
Prof. Dr. Manfred J. Matschke	Nein
Dr. Thomas Meyer	Nein
Peter Multhauf	Ja
Thomas Mundt	Nein
Christian Pegel	Ja
Christian Radicke	Nein
Angelika Richter	Ja
Karl-Dieter Schmidt	Ja
Dr. Mignon Schwenke	Ja

Birgit Socher	Ja
Ludwig Spring	Nein
Dr. Rainer Steffens	Nein
Mechthild Thonack	Nein
Alexa Worm	Ja
Ingo Ziola	Nein

Abstimmungsergebnis: bei 16 Ja-Stimmen und 20 Gegenstimmen abgelehnt

Zu TOP: 5.11 Reinigung Stadtmauer
B359-18/11

Die Einbringung und Begründung der CDU-Vorlage erfolgt durch Herrn Hochschild.

Nach einigen Fragen und Bemerkungen im Rahmen der Diskussion regt Herr Multhauf an, vor der Stadtmauer im Beschlusstext „den denkmalgeschützten Bereich“ aufzunehmen.
- kein Widerspruch

Der Präsident stellt folgenden Beschluss zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Maßnahmen einzuleiten, die dazu führen, dass der denkmalgeschützte Bereich der Stadtmauer von den zahlreichen Schmierereien und Graffitis gereinigt wird. Die Finanzierung erfolgt über den Deckungsring 2 „Unterhaltung der Grundstücke u. baulichen Anlagen“.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 4 Stimmenthaltungen beschlossen

Entsprechend Geschäftsordnung beantragt Frau Berger aufgrund der aufgetretenen Unruhe während der Sitzung, eine kleine Pause einzulegen.

Abstimmungsergebnis: bei 11 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung mehrheitlich abgelehnt

Zu TOP: 5.12 Erweiterung Kindergarten "Lütt Matten"
B360-18/11

Die Einbringung und Begründung der Beschlussvorlage erfolgt anhand einer Präsentation durch Herrn Hochschild. Im Rahmen der Einbringung greift Herr Hochschild den Vorschlag des Jugendhilfeausschusses auf, **die Erweiterung der Kapazitäten für Freie Träger mit zu überprüfen**. Herr Hochschild bittet, einen entsprechenden Satz in den Beschluss aufzunehmen.
- kein Widerspruch

Während eines umfangreichen Meinungsaustausches beantragt Herr Multhauf, in der Beschlussvorlage eine Ergänzung aufzunehmen, dass in der letzten Zeile vor vorzubereiten „**zu prüfen und gegebenenfalls**“ eingefügt wird.
- kein Widerspruch

Auf die Frage von Frau Socher teilt der Oberbürgermeister mit, dass der Umzug nicht vor 2013 stattfinden wird.

Herr Dembski weist noch darauf hin, dass der Jugendhilfeausschuss des zukünftigen Kreises für die Dinge der örtlichen Jugendhilfeplanungen z.B. Betriebserlaubnis zuständig ist und nicht mehr die Bürgerschaft der UHGW.

Entsprechend Geschäftsordnung beantragt Herr Multhaus den Abbruch der Diskussion.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen bei einigen Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen
Daraufhin stellt der Präsident folgenden Beschluss zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für den Zeitraum nach dem Auszug der Verwaltung aus dem Gebäude in der Kapaunenstraße, ein Konzept zum Ausbau der dortigen Kindertagesstätte „Lütt-Matten“ zu prüfen und gegebenenfalls vorzubereiten.

Die Erweiterung der Kapazitäten der Freien Träger ist zu überprüfen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 7 Gegenstimmen und 3 Stimmenthaltungen beschlossen

**Zu TOP: 5.13 Übergabe des Grundstücks und des Gebäudes der kommunalen Kinderbetreuungseinrichtung „Weg ins Leben“ in freie Trägerschaft
B361-18/11**

Herr Pegel nimmt weder an der Beratung noch an der Abstimmung teil.

Die Stellungnahme der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erfolgt durch Frau Berger.

Die Beantwortung der Fragen von Frau Berger erfolgen durch den Leiter des Amtes für Jugend und Soziales Herrn Scheer.

Nach einigen weiteren Bemerkungen im Rahmen der Diskussion beantragt Herr Hoebel, einen weiteren Punkt 7. in den Beschlusstext aufzunehmen.

1. Der im März 2011 verhängte Einstellungsstopp wird aufgehoben.

- kein Widerspruch

Mit dieser Ergänzung lässt der Präsident über folgenden erweiterten Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Übertragung von Grundstück und Gebäude der kommunalen Kinderbetreuungseinrichtung „Weg ins Leben“ in die Trägerschaft des Studentenwerkes Greifswald - AÖR.

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald hat am 28.03.2011 die Fortschreibung der Kindertagesstättenkonzeption beschlossen. Gleichzeitig wurde festgelegt, die Übertragung von drei Einrichtungen in freie Trägerschaft vorzubereiten.

Die Überleitung erfolgt zu folgenden Konditionen, auf die man sich bei den Ver-

handlungen geeinigt hat:

1. Das Gebäude und das Grundstück werden mittels Erbbaurecht an den Träger übereignet.
2. Für das Grundstück wird ein geminderter Erbbauzins von 2,5 % jährlich erhoben.
3. Ein gesonderter Verkaufsbeschluss zur Grundstücksübertragung ist erforderlich.
4. Das in der Einrichtung tätige Erzieherpersonal wird nicht auf den Träger Studentenwerk übergehen, sondern verbleibt bei der Universitäts- und Hansestadt Greifswald. Auf Wunsch der Eltern gewährleistet das Studentenwerk, die Wiederaufnahme der ursprünglich in der Kindertageseinrichtung „Weg ins Leben“ betreuten Kinder bis zu ihrem altersbedingten Ausscheiden.
5. Mit dem Ersatzneubau am Standort werden Kapazitäten von 36 Krippenplätzen und 36 Kindergartenplätzen geschaffen. Bei einer positiven Bedarfsentwicklung kann durch eine gesonderte Vereinbarung eine Erweiterung im Kindergartenbereich um 8 Plätze erfolgen.
6. Die Eltern werden über den Trägerwechsel und das weitere Verfahren unverzüglich informiert.
7. Der im März 2011 verhängte Einstellungsstopp wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Stimmenthaltung beschlossen

Zu TOP: 5.14 Eilentscheidung des Oberbürgermeisters zu den außerplanmäßigen Ausgaben im Amt für Jugend, Soziales und Familie für Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets nach SGB II § 28 und den Berechtigten nach BKGG § 6b.

B362-18/11

Die aufgeworfenen Fragen von Herrn Multhaus zum Bildungs- und Teilhabepaket werden im Nachgang zur Sitzung am 23 August durch das zuständige Fachamt beantwortet und den Mitgliedern per E-Mail zugesandt.

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald bestätigt die Eilentscheidung des Oberbürgermeisters zu den außerplanmäßigen Ausgaben im Amt für Jugend, Soziales und Familie für Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets nach SGB II § 28 und den Berechtigten nach BKGG § 6b.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 5.15 Beschluss zum Ausbau der „Hafenstraße“ und für die Abrechnung der Straßenausbaumaßnahme nach Straßenausbaubeitragssatzung die Abschnittsbildung und die Klassifizierung

B363-18/11

Herr Dr. Bittner erinnert daran, dass die Frage nach dem Kanu Verein der HSG noch nicht beantwortet ist.

Herr Liskow stellt klar, dass es sich um ein kommunales Grundstück handelt und erst einmal die Stadt für die Beiträge aufkommt und dann umgelegt werden. Herr Kaiser, Stadtbauamtsleiter, bestätigt die Aussagen.

Auf die Nachfrage von Frau Socher erklärt Herr Kaiser, dass es sich mit dieser Beschlussvorlage um einen reinen Straßenausbau handelt.

Im Rahmen der Diskussion bittet Herr Multhaus, zu prüfen, ob nicht Wege gefunden werden können, dem HSG Kanu Verein zu helfen. Die Gestaltung der Straße vor dem Vereinsgelände sollte noch einmal mit dem Verein abgestimmt werden.

Der Präsident stellt die Beschlussvorlage, wie vorgelegt, zur Abstimmung.

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt den Ausbau der „Hafenstraße“ und gemäß der Straßenausbaubeitragssatzung in der gültigen Fassung vom 27.04.2009 (SABS) für die Abrechnung der Kosten die Abschnittsbildung (vgl. Anlage beigefügten Übersichtsplan) und die Klassifizierung:

1. Die „Hafenstraße“ soll entsprechend dem anliegenden Übersichtsplan der Ausbaumaßnahme mit Abschnittsbildung in dem Bereich von der „Wohnresidenz am Ryck“ bis zur Einmündung der Straße „An den Wurthen“ ausgebaut werden.
2. Da die „Hafenstraße“ über die Straße „An den Wurthen“ hinausgeht, wird nach § 8 Abs. 4 KAG M-V i.V.m. § 4 Abs. 1 SABS für den unter Ziffer 1 genannten Bereich eine Abschnittsbildung beschlossen.
3. Die „Hafenstraße“ wird als Anliegerstraße klassifiziert. Entsprechend der Klassifizierung sind von den Anliegern gemäß § 3 Abs. 2 der SABS anteilige Kosten in Höhe von 75 v.H. aufzubringen. Da die Straße durch das Gewässer Ryck nur einseitig anbaubar ist, gilt der Halbierungsgrundsatz, nachdem die Herstellungskosten nur zur Hälfte auf die anliegenden Grundstücke umlegbar sind.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 4 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 5.16 Beschluss zum Ausbau der „Robert-Blum-Straße“ und für die Abrechnung der Straßenausbaumaßnahme nach Straßenausbaubeitragssatzung die Klassifizierung
B364-18/11

Herr Heiden stellt Fragen zur Finanzierung dieser Fahrrad- /Sackgasse, weil keine Aussagen dazu in der Beschlussvorlage getroffen wurden.

Daraufhin gibt Herr Kaiser Erläuterungen. Die Robert-Blum-Straße gestaltet sich etwas komplizierter, da es sich zum Teil um Sanierungsgebiet handelt. Die Sanierung dieses Abschnitts soll über öffentliche Fördermittel erfolgen, um den Haushalt der Stadt nicht so zu belasten.

Herr Liedtke bemerkt, dass all diese Dinge ausführlich im Bauausschuss besprochen wurden. Es war nicht ein Bürger in der Ortsteilvertretung anwesend, um sich zu informieren.

Nach einigen weiteren Bemerkungen stellt Herr Liskow folgenden Beschluss in unveränderter Form zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt

1. den Ausbau der „Robert-Blum-Straße“ entsprechend dem anliegenden Übersichtsplan und

2. gemäß der Straßenausbaubeitragssatzung in der gültigen Fassung vom 27.04.2009 (SABS) für die Abrechnung der Kosten die Klassifizierung zur Anliegerstraße (vgl. Anlage beigefügten Übersichtsplan). Entsprechend der Klassifizierung sind von den Anliegern gemäß § 3 Abs. 2 der SABS anteilige Kosten in Höhe von 75 v.H. aufzubringen.
3. Auf die Erhebung von Vorausleistungen auf den künftigen Straßenausbaubeitrag wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen und 5 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 5.17 Verkehrskonzept Campus Berthold-Beitz-Platz

- keine Fragen

Die Bürgerschaft nimmt das beiliegende Verkehrskonzept zur Kenntnis.

Zu TOP: 5.18 Jahresbericht 2010 des Sanierungsträgers für die Fördergebiete der Sanierung und des Stadtumbaus

- keine Fragen

Die Bürgerschaft nimmt den Jahresbericht 2010 des Sanierungsträgers zur Kenntnis.

Zu TOP: 5.21 Resolution gegen die Legehennenanlage in der Gemeinde Loissin
B365-18/11

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald spricht sich gegen die geplante Legehennenanlage in der Gemeinde Loissin (Gemarkung Loissin/Ludwigsburg), Kr. Ostvorpommern, aus.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, alles zu unternehmen, was helfen kann, den Bau der Anlage zu verhindern. Er hat insbesondere im Rahmen des Mitspracherechts der Hansestadt bei der Raumplanung und als Vorsitzender des Regionalen Planungsverbandes Vorpommern in diesem Sinne zu wirken.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

- Liste der Hauptausschussbeschlüsse vom 20.06. und 15.08.2011 (Anlage zu Protokoll)
- Termine/wichtige Ereignisse (Anlage zu Protokoll)
- Information zur Situation Starkregen und Hochwasser Ende Juli
- Information, dass Frau Au als Geschäftsführerin der ABS empfohlen wurde

Mitteilungen aus dem Dezernat II:

Zum Schlaglochprogramm des Landes M/V hat die Stadt 10 Straßen zu flächenhaften Instandsetzung angemeldet.

Für 8 nachfolgend aufgeführte Straßen ist das Ausschreibungsverfahren durchgeführt und die entsprechenden Aufträge befinden sich auf dem Weg der Unterschriften entsprechend den Wertgrenzen / Auftragssummen. Die Ausführung der Leistungen ist für Mitte September bis Mitte Oktober vorgesehen.

Stralsunder Landstraße, Friedrich- Löffler- Straße, Loitzer Landstraße, Wolgaster Straße, Bahnhofstraße, Max- Reimann- Straße, Lomonossowallee und Gützkower Landstraße.

Die Ausschreibung für die Lindenstraße wird im August 2011 vorgenommen. Die Ausführung der Leistungen soll bis spätestens Ende Oktober erfolgen.

Die Ausschreibung der Rigaer Straße soll im September 2011 erfolgen. Die Ausführung voraussichtlich im Frühjahr 2012.

Zu TOP: 7 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft

Frau Heinrich:

- Nachfragen zur Struktur der Stadtverwaltung

Dr. König, Oberbürgermeister:

Aus dem Amt 51 wird Herr Petschaelis einen großen Teil der Aufgaben übernehmen. Die Verwaltung soll im Jahr 2012 umgebaut werden. Außerdem wird 2012 die Haushaltsführung auf Doppik umgestellt.

Herr Ziola:

Welche Sofortmaßnahmen hat die Stadt im Bezug auf das Hochwasser vor?

Senator Hochheim:

- Hauptausschussbeschlüsse:

HA-103/11 - Soforthilfeprogramm für Geschädigte der Überflutungen

HA-104/11 - Außerplanmäßige Ausgabe „Notentlastungsleitung Regenrückhaltebecken Scharnhorststraße“

HA-102/11 - Überplanmäßige Ausgabe für den 2. Bauabschnitt – Sanierung Graben 25

Herr Kaiser ergänzt, dass das Sofortprogramm bereits angelaufen ist. Ca. 50 Anträge sind bislang eingegangen, von denen ca. dreiviertel bedacht werden können. Die Anträge sind im Stadtbauamt zu stellen. Die Auszahlung der Mittel erfolgt über das Immobilienverwaltungsamt.

Herr Multhauf:

War der Oberbürgermeister bei der Regenkatastrophe vor Ort?

Dr. König, Oberbürgermeister:

Der Oberbürgermeister war selbstverständlich an den verschiedensten Stellen beim THW und der Berufsfeuerwehr vor Ort und hat mit den verschiedensten Leuten gesprochen.

Herr Multhauf:

- zur Sanierung der Goethestraße im Wert von 200 T€

Wie ist der Stand der Umsetzung?

Dr. König, Oberbürgermeister:

Die Stadtverwaltung arbeitet daran, die Goethestraße für den künftigen Landrat herzurichten. Was die Kosten angeht, kann gegenüber dem Hauptausschussbeschluss die Summe reduziert werden.

Herr Ratjen:

Herr Ratjen macht darauf aufmerksam, dass in den Hallen des ehemaligen KAW im Anschluss an die INSOMNALE Ausstellungen durchgeführt werden. Man sollte die Leute unterstützen.

Frau Socher:

Beabsichtigt die Verwaltung einen „Hannibal“ (Hochleistungswasserpumpe) anzuschaffen?

Senator Hochheim:

Herr Hochheim hofft, dass dieser Haniball zu den Zwecken hoffentlich nicht mehr gebraucht wird. Ob aus anderen Gründen solch ein Gerät noch gebraucht wird, kann der Senator heute nicht beantworten.

Zu TOP: 8 Mitteilungen des Präsidenten

- keine Mitteilungen

Zu TOP: 9 Bestätigung des Protokolls des Untersuchungsausschusses "Technisches Rathaus" vom 24.05.2011

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 5 Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 10 Bestätigung der Niederschrift vom 04.07.2011

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 11 Schluss der Sitzung

22:22 Uhr

für das Protokoll

Egbert Liskow
Präsident

Schult
Sachbearbeiterin

Anlagen:

- Anmerkungen von Herrn Mähl zur Regenkatastrophe
- Präsentation zu Beschlüssen im Rahmen Kreisneuordnung
- Informationen über Hauptausschussbeschlüsse
- wichtige Termine/Ereignisse
- Beschlusskontrolle in den Fachausschüssen